



Pressemitteilung

Saarbrücken, 05. Januar 2017

Die G9-jetzt! Initiative gibt das voraussichtliche Scheitern des Volksbegehrens zur Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums bekannt. Trotz schwierigster Bedingungen für die direkte Demokratie im Saarland haben zehntausende Wahlberechtigte im Saarland ihre Stimme für die Wiedereinführung eines neunjährigen Gymnasiums abgegeben.

Das Volksbegehren startete am 04. Oktober 2017 und endete am 03. Januar 2018. In diesem Vierteljahr, mit ca. 60 Öffnungstagen der Wahlämter, konnten alle wahlberechtigten Bürger des Saarlandes ausschließlich per Amtseintragung in ihrer Heimatgemeinde das Volksbegehren unterstützen.

Trotz schwierigster Grundvoraussetzungen für die direkte Demokratie im Saarland, haben nach bisher vorliegenden Zahlen ca. 30.000 Wahlberechtigte im Saarland ihre Stimme für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums abgegeben. Diese Zahlen schätzt die Initiative aufgrund der bisher übermittelten Zahlen der Wahlämter. **Damit hat eine beträchtliche Anzahl Bürger ihre Unzufriedenheit zur saarländischen Bildungspolitik geäußert, insbesondere dem bestehenden G8.**

Die G9-jetzt! Initiative hat dennoch ihr Ziel verfehlt, die notwendigen 7% aller Wahlberechtigten Saarländer für die Unterstützungsunterschriften zu erreichen. Als Hauptgrund für das Scheitern sieht die G9-jetzt! Initiative die Bedingungen der Volksabstimmungsgesetzgebung im Saarland.

Diese Vorgaben sind für viele Bürger zu kompliziert, die vorgegebenen Öffnungszeiten der Ämter für berufstätige Bürger kaum wahrnehmbar. Der Umstand, dass in Saarbrücken für 130.000 Wahlberechtigte nur ein Wahlamt zur Verfügung gestellt wurde, stellte eine Zumutung für die Bürger dar. Ähnliche Bedingungen galten für Homburg oder Neunkirchen. Da im Gegensatz zu Wahlen keine Möglichkeit der Briefwahl besteht,



Pressemitteilung

wird die G9-jetzt! Initiative zusammen mit dem Landesverband Mehr Demokratie Saarland eine Klagemöglichkeit wegen Diskriminierung prüfen lassen.

Das Verfahren zur Durchführung eines Volksbegehrens im Saarland weist nach Einschätzung der Initiative sowie des Landesverbandes Mehr Demokratie Saarland e.V. deutliche Mängel auf. Den Menschen werden Hürden zugemutet, die bei jedem anderen demokratischen Beteiligungsverfahren inakzeptabel sind.

Des Weiteren wird die Initiative ab heute eine online-Petition über openPetition starten. Damit möchte die Initiative allen Bürgern eine zusätzliche Möglichkeit bieten, Ihre Unterstützung zu einem neunjährigen Gymnasium abzugeben. Bei dieser online-Petition können alle Bürger abstimmen, wie beispielsweise EU-Bürger, denen beim Volksbegehren die Möglichkeit zur Beteiligung verwehrt blieb.

Die online-Petition soll beim Petitionsausschuss des saarländischen Landtags eingereicht werden.